

1/2016

München, Januar-März 2016

dbb Jahrestagung 2016

## Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?



Foto: Marco Urban

Der Zweite Vorsitzende des dbb Willi Russ bei seiner Eröffnungsrede

Ganz im Zeichen der enormen Anstrengungen des öffentlichen Dienstes, die Aufgaben im Zusammenhang mit dem anhaltenden Strom von Schutz, Sicherheit und ein besseres Leben suchenden Menschen nach Deutschland zu meistern, stand die 57. Jahrestagung des dbb vom 10. bis 12. Januar 2016 in Köln. Im Rahmen des Tagungsmottos „Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“ wurde darüber hinaus auch über schwindende Wahlbeteiligung, nachlassendes Vertrauen in die etablierten politischen sowie das Erstarken so genannter Protest-Parteien, das in-Frage-Stellen von Parlamentsentscheidungen und eine lautstark zum Ausdruck gebrachte Konzentration auf Eigeninteressen debattiert. Mehr als 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Reihen des dbb, seiner Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften sowie Gäste aus Deutschland und Europa sowie zahlreiche Medienvertreter waren der Einladung gefolgt. Für den VRB nahm der Vorsitzende **Matthias Stolp** teil.

**Russ: Solidarität mit Schutzbedürftigen erfordert handlungsfähige Verwaltung**

Zum Auftakt der Jahrestagung begrüßte der Zweite Vorsitzende des dbb **Willi Russ** in Vertretung des aus gesundheitlichen Gründen

verhinderten Bundesvorsitzenden **Klaus Dauderstädt** die Teilnehmer. Solidarität mit Schutzbedürftigen habe in Deutschland zu Recht Verfassungsrang und sei „immer auch ein Grundgedanke allen gewerkschaftlichen Handelns“, betonte Russ. Zugleich mahnte er

angesichts der riesigen Herausforderungen an den öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung: „Wer eine politische Entscheidung trifft, muss in der Verwaltung auch die Voraussetzungen für die Umsetzungen schaffen.“

Ohne das besondere Engagement der Kolleginnen und Kollegen, beispielsweise im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei der Polizei in Bund und Ländern, in den Kommunen, Kitas und Schulen, im öffentlichen Gesundheitsdienst oder der Justiz wäre die Situation nicht zu bewältigen, sagte der dbb Vize und verwies auf die Dauerbelastung der Mitarbeiter bis an die Grenze physischer und psychischer Leistungsfähigkeit. Hinzu komme, dass immer häufiger Entscheidungen herbeigeführt würden, die mit rechtsstaatlichen Verfahren nur schwer vereinbar seien. „Aus der Sicht einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes möchte ich klarstellen, dass verbindliche Regeln nicht der Beschleunigung von Verfahren zum Opfer fallen dürfen“, so Russ.

Um für personelle Entlastung zu sorgen, seien Verwaltungsverfahren zu straffen, Schnittstellen für den Datenaustausch zu definieren und Zuständigkeiten zu bündeln, „zum Beispiel mit einer einheitlichen Flüchtlings- und Integrationsverwaltung, die für Unterbringung, Versorgung und Integration zuständig ist“. Die gesamtgesellschaftliche „Herkulesaufgabe“ mache auch deutlich, „wie sich der seit Jahren von der Politik herbeigeführte Personalmangel in einer aktuellen Krisensituation auswirkt“. Es gebe in der Verwaltung keine Reserven und die Altersstruktur biete für die Zukunft keine Perspektive. „Die Politik ist nun gefordert, Prioritäten zu setzen und wieder stärker für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen“, sagte Russ. Die bislang bewilligten neuen Stellen seien zu begrüßen, aber die Beschäftigten müssen erst einmal gefunden, ausgewählt, ausgebildet oder in die konkrete Aufgabe eingearbeitet werden. „Das löst nicht die aktuelle Herausforderung“, machte Russ klar und kritisierte zudem den großen Anteil befristeter Stellen. Wenig hilfreich sei auch, Schuldige für organisatorische Missstände vorrangig bei den Beschäftigten zu suchen. Die Gebietskörperschaften müssten langfristig die notwendigen

Finanzmittel für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erhalten.

Zur bevorstehenden Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen verwies Russ, der Verhandlungsführer des dbb sein wird, auf die anhaltende konjunkturelle Erholung, den Anstieg der Inflationsrate und die stabile Arbeitsmarktlage in Deutschland. Der dbb werde in den nächsten Wochen auf „Branchentagen“ an der Basis mit den Mitgliedern über ihre Vorstellungen diskutieren, bevor am 18. Februar 2016 die Gesamtforderungen für alle Statusgruppen präsentiert werden. Dabei werde es auch um strukturelle Forderungen – etwa die Absenkung des viel zu hohen Anteils befristeter Arbeitsverhältnisse von über 15 Prozent im öffentlichen Sektor – gehen, von dem vor allem Arbeitnehmer unter 35 Jahren betroffen seien. „Der öffentliche Dienst macht im Rahmen seiner ihm gegebenen Möglichkeiten einen verdammt guten Job“, so Russ‘ Fazit. „Den wollen wir auch im Rahmen der diesjährigen Einkommensrunde entsprechend gewürdigt sehen.“

### **Bundesinnenminister de Maizière: Auf öffentlichen Dienst ist Verlass**



Foto: Marco Urban

#### **Bundesinnenminister Thomas de Maizière**

Auch Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** brachte in seiner Rede auf der Tagung Dank für die Menschen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes dafür zum Ausdruck, dass sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise „solidarisch und beherzt Verantwortung übernommen haben und manches Mal über sich hinausgewachsen sind“. Die aktuelle Lage beweise: „Auf den öffentlichen Dienst ist Verlass. Dafür gibt es hunderte gute Beispiele in ganz Deutschland.“ Die Flüchtlingskrise habe gezeigt, wie notwendig ein guter öffentlicher Dienst ist.

Mit Blick auf die sexuellen Übergriffe und Straftaten der Silvesternacht in Köln sagte de Maizière, derartige Exzesse habe es in dieser Dimension und möglicherweise auch in der Organisiertheit in Deutschland bisher nicht gegeben. Sie seien inakzeptabel und müssten konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden. De Maizière vertrat die Auffassung, dass neben der Anwendung des geltenden Rechts auch gesetzliche Verschärfungen notwendig seien. Die Geschehnisse müssten konsequent aufgeklärt, „nichts darf unter den Teppich gekehrt werden“. Es sei auch im Interesse der Flüchtlinge, aufzuklären, wer kriminell ist und wer nicht, sagte der Minister.

Als wichtigen Schritt bezeichnete de Maizière das auf den Weg gebrachte Digitalisierungsprojekt samt Gesetzentwurf, das die Verfahrensdauer verkürzt und klar regelt. Die gleichfalls notwendige Sicherung der europäischen Außengrenzen und eine faire Verteilung der Schutzbedürftigen könnten nur in europäischer Solidarität und Verantwortung gelingen. Zur Wahrheit gehöre auch: „Ohne erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten, auch und insbesondere der Flüchtlinge, ohne beträchtliche Mehrausgaben wird es nicht gehen. Diese bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich. Aber den Anspruch an die schwarze Null sollten wir halten.“

Erforderlich seien „Flexibilität und Pragmatismus“. So könne es für eine begrenzte Zeit nötig sein, Anforderungen an die berufliche Qualifikation – etwa bei Lehrkräften – abzusenken. Berufliche Fertigkeiten der ins Land Kommenden sollten am besten direkt im Betrieb oder in der Ausbildungsstätte „im Echtbetrieb“ überprüft werden. Es sei Zeit und Gelegenheit, die Lage als Chance zu Modernisierung und Flexibilisierung zu begreifen.

Ausdrücklich dankte de Maizière den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden und Polizeien von Bund und Ländern für ihre „hervorragende Arbeit“. Bei dieser Belastung sei es wichtig, die Sicherheitsbehörden „deutlich zu stärken. Durch gute Gesetze, durch gute Ausstattung und mit mehr Personal.“

„Wenn man will, dass der Staat seine Aufgabe

ordentlich erledigt, dann braucht er Personal und Ausstattung“, betonte der Minister und verwies auf den Zuwachs von 1,5 Milliarden Euro im Etat des Bundesinnenministeriums. Damit seien aber die Probleme nicht vom Tisch. „Viele Beschäftigte arbeiten bereits heute mehr, als in der Dienstvorschrift steht. Auf Dauer können wir nicht auf den hohen Einsatz mit -zig Überstunden und unter hohem Druck bauen.“ Um dringend benötigte Ressourcen zu erschließen, müsse auch Personal umgeschichtet werden.

De Maizière versicherte, er werde in nächster Zeit mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einem Spitzengespräch über die Probleme in den Verwaltungen und für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammenkommen.

### **Politikwissenschaftler Patzelt: Staat muss offenen Meinungsstreit gewährleisten**



Foto: Marco Urban

#### **Politikwissenschaftler Prof. Dr. Werner Patzelt**

Eine große Diskrepanz zwischen den Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger und der politisch Verantwortlichen konstatierte **Prof. Dr. Werner Patzelt** von der TU Dresden in seinem Vortrag. Der Politikwissenschaftler, der zuletzt wegen seiner in den Medien verbreiteten politischen Bewertung der Pegida-Demonstrationen bekannt geworden war, referierte zum Thema der Jahrestagung „Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Ein nennenswerter Teil der Bürger sympathisiere damit, was Parteien wie die AfD und die Anhänger von Pegida zum Ausdruck bringen. Dies sei, so Patzelt, unter anderem auf eine „Repräsentationslücke“ im rechten Parteienspektrum zurückzuführen. Patzelt sprach von einer „Sozialdemokratisierung“ der Union,

die sehr zum Vorteil der Mitte der CDU sei. „Von vielen, die bislang in der CDU ihre politische Heimat finden, wird dies aber bedauert“, sagte der Experte. Er sehe einen Konflikt zwischen dem, was die Bundesregierung sagt, und den Sichtweisen eines Teils der Bevölkerung, der doch eine Obergrenze der Flüchtlingszahlen will.

Statt hinzublicken, wer bei den Demos von Pegida und AfD auf die Straße geht und was diese Menschen bewegt, „war man sich schnell einig: ausgrenzen, als dumm und ignorant bezeichnen“. Dies werde sich auch in den Stimmerngebnissen bei den anstehenden Wahlen bemerkbar machen und die Regierungsbildung erschweren, zeigte sich Patzelt überzeugt. In der Flüchtlingskrise übernehme die Zivilgesellschaft eine Rolle, die nicht hoch genug zu würdigen sei, aber die Frage nach der staatlichen Verantwortung müsse auch gestellt werden.

Eine „unzulängliche Rolle“ spielen laut Patzelts Einschätzung die Massenmedien mit ihrem „anwaltschaftlichen Journalismus“. So habe es das Bemühen gegeben, die AfD „zunächst in die rechte Ecke und dann in die Bedeutungslosigkeit abzuschieben“. Der Staat müsse Anwalt eines offenen Meinungsstreits sein, nicht Anwalt einer bestimmten politischen Ausrichtung. „Öffentliche Zustimmung lässt sich nicht erzwingen – redliche, pluralistische, breit aufgestellte Diskussion“ sei erforderlich und ein legitimes Mittel dafür wäre der Wahlkampf. „Wenn dabei heikle Themen herausgehalten werden, entzieht man dem Bürger ein wirkungsvolles Mittel der Meinungsäußerung.“ Das führe zur Gründung von Protest-Parteien und „die Nebenwirkungen können schädlich sein“, sagte Patzelt.

### **Diskussion: Wähler abholen, nicht abstempeln**

In einer Diskussionsrunde unter der Leitung von ZDF-Moderatorin **Dunja Hayali** analysierten im Anschluss **Wolfgang Bosbach** (CDU), Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, und **Prof. Patzelt** insbesondere die Rolle von Politik und Medien in der Flüchtlingskrise. Das im Impulsvortrag von Patzelt geforderte plebiszitäre Element in der Gesetzgebung lehnte Bosbach ab: „Der Wunsch nach Volksbegehren ist so alt wie die Bundesrepublik selbst“, sagte er. Das Problem daran sei die Reduktion der Antwort auf „Ja“

oder „Nein“, die Abwägungsprozesse vermissen lasse. Weiter sei direkte Demokratie kein Rezept gegen Politikverdrossenheit, „weil die Menschen nicht politikverdrossen, sondern partei- und politikerverdrossen sind. Die Diskrepanz zwischen Wählern und Gewählten wird immer größer.“ Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik hänge damit zusammen, dass sowohl in den Parlamenten als auch in den Medien die Tatsache zu kurz gekommen sei, dass Deutschland eben nicht über unbegrenzte Integrationskraft verfüge.



Foto: Marco Urban

**Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Werner Patzelt, Wolfgang Bosbach und Dunja Hayali**

Zur AfD als Protestpartei stellte Bosbach klar: „Die Wähler denken nicht, dass die AfD die Probleme löst, sondern dass sie den etablierten Parteien Feuer unter dem Hintern macht.“ Es sei falsch, die Bevölkerung unter den Generalverdacht zu stellen, sie sei nicht klug genug, um zwischen Ganoven und Rechtschaffenden zu unterscheiden. In diesem Zusammenhang kritisierte Bosbach auch die selektive Wahrnehmung der Medien, die zum Protestverhalten vieler Menschen beigetragen habe: „Die Wahrheit ist politisch korrekt“, sagte er und wandte sich gegen die Tabuisierung von Problemen. Daher müssten auch innerhalb der Parteien unterschiedliche Meinungen offen und nach außen diskutiert werden.

Im Zusammenhang mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms lobte Bosbach das über jedes normale Maß hinausgehende Engagement des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten: „Wenn die Probleme am größten werden, werden die schönsten Eigenschaften von uns Menschen sichtbar.“

Für Patzelt verlangt ein gangbarer Mittelweg in der politischen und medialen Diskussion „intellektuelle Wachheit und politischen Mut“.

Die Medien müssten sich den Vorwurf gefallen lassen, Beihilfe zur Verschleierungstaktik vieler Politiker geleistet zu haben. Jeder sei bemüht gewesen, kein Öl ins Feuer zu gießen, um nicht in eine politische Ecke gestellt zu werden. Die Ereignisse der Silversternacht in Köln und anderen Städten seien damit sogar eine Chance für die Meinungsbildung, ohne politischen Scharfmachern das Wort reden zu müssen. „Wenn wir Menschen abholen wollen, denen eine politische Plattform fehlt, brauchen wir eine Politik, die vermeintliche Tabuthemen besetzt, um kommunikative Nischen zu vermeiden, in denen sich extreme Positionen bilden können.“ Defizite attestierte Patzelt gerade der Opposition, die die Regierung und ihre Politik vor sich hergetrieben und dabei Fehler übersehen habe, die sie eigentlich aufdecken sollte.

In Ostdeutschland, insbesondere in Dresden, polarisiere das Thema allerdings so stark, „dass kein objektiver Diskurs möglich ist. Gerade in diesem Umfeld löst das Verscheuchen der Wähler keine Probleme.“ Vielmehr treibe der „Ausgrenzungs- und Beschimpfungsmodus“ immer mehr Menschen in die innere Kündigung gegenüber der Politik. Wirklich ausgegrenzt gehörten aber keine Bürgerinnen und Bürger, sondern Rassisten und Scharfmacher.

### **Forsa-Chef Güllner: „Diktatur der Minoritäten“ sorgt für Entfremdung zwischen Politik und Bürgern**



Foto: Marco Urban

**Forsa-Chef Prof. Manfred Güllner**

Den programmatischen Schlusspunkt des ersten Tages setzte Forsa-Chef **Prof. Manfred Güllner**, der vor einer zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Bürgern warnte. Die „Partei der Nichtwähler“ sei weitaus größer als die allenthalben thematisierte Abwanderung insbesondere von den Unionsparteien in Richtung

der Rechten, sagte Güllner in seinem Vortrag.

Man könne anhand der vorliegenden Daten nicht davon ausgehen, dass die „neue Rechte“, vertreten von Parteien wie AfD, NPD und Republikanern, eine größere Anziehungskraft als je zuvor auf die Wählerinnen und Wähler ausübe, führte Güllner aus. Hätten die Rechten etwa Ende der 1960er oder der 1980er Jahre zwischen sechs und 5,4 Prozent der Wählerstimmen erhalten, erreichten AfD, NPD und Republikaner bei der letzten Bundestagswahl insgesamt „nur“ 3,9 Prozent, bei der vergangenen Europawahl „nur“ 3,7 Prozent. Sehe man sich die Wählerbewegungen genauer an, könne kein Vakuum am rechten Rand der Unionsparteien belegt werden: „Von den Unions-Abwanderern würden einige wenige andere Parteien, mehrheitlich im Übrigen die SPD wählen, die ganz deutliche Überzahl jedoch gibt an, ihr Wahlrecht gar nicht mehr wahrnehmen zu wollen“, so der Forsa-Geschäftsführer. Einer Million weniger Stimmen für die Unionsparteien standen bei den vergangenen Landtagswahlen in Summe 48.000 mehr Stimmen für die AfD gegenüber – „der rechnerische Rest ist aller Wahrscheinlichkeit gar nicht wählen gegangen“, so Güllners Schlussfolgerung. „Das Potenzial der AfD ist weitgehend ausgeschöpft.“

Problematisch sieht der Forsa-Chef vor diesem Hintergrund kein etwaiges „Vakuum rechts der Union“, sondern vielmehr die „deutlich nachlassende Bindekraft der Volksparteien“, die ihren Ausdruck in erheblich schwächeren Wahlergebnissen und Vertrauenswerten für CDU und SPD, für die große Koalition fänden. Auch die schlechten Wahlbeteiligungswerte auf regionaler und kommunaler Ebene wie etwa bei Bürgermeisterdirektwahlen seien Ausweis für einen nachlassenden Glauben der Wähler an die Sinnhaftigkeit des Wahlrechts. „Die Konzentration auf die reinen Wahlergebnisse verstellt die Sicht auf die Tatsache, dass immer mehr Menschen nicht zur Wahl gehen. Das aber ist mittlerweile ein handfestes Legitimationsproblem: Wenn jemand sagt, ich bin euer Oberbürgermeister, dann stimmt das bei einer Wahlbeteiligung von 20 Prozent faktisch nicht mehr“, machte Güllner deutlich. Bedenklich sei zudem, dass die Wahlbeteiligung insbesondere in sozial schwachen Räumen noch schlechter sei als andernorts.

„Experimente mit dem Wahlrecht“ lehnte der Forsa-Chef mit Blick auf wenig erfolgreiche Reformen in Bremen, Hamburg und Hessen zur Verbesserung der Wahlbeteiligung ab. Vielmehr, so Güllners Plädoyer, müssten die Ursachen der Frustration bei der großen Zahl von Nichtwählern erkannt und behoben werden. „Das ist keine Apathie aus Zufriedenheit. Die Menschen empfinden, dass die großen Parteien kein Ohr mehr für sie haben bei all dem lauten Streit untereinander“, zudem orientiere sich Politik zu sehr an den auch von den Medien häufig und pointiert transportierten Meinungen von Minoritäten – diese „Diktatur der Minoritäten“ sei es, die die Menschen in die Aufkündigung ihrer Beteiligung am politischen Prozess treibe. „Sie fühlen sich unverstanden.“ Lohnend sei ein Blick nach Skandinavien, wo die Wahlbeteiligung konstant bei über 80 Prozent liege, empfahl Güllner: „Grund dafür ist wahrscheinlich die stärkere Konsensorientierung des politischen Systems und auch der Medien dort. Auch die deutschen Wählerinnen und Wähler sind für Kontroverse und kritische Diskussion – aber sie wollen am Ende einen Konsens sehen.“ Die politische Diskussion und Berichterstattung hierzulande werde zudem zu sehr von „Häme“ dominiert, so Güllner. „Aber die meisten Menschen können diesen Ton nicht mehr ertragen. Sie schalten ab.“

### Minister Friedrich: Vertrauensvorschuss wird erwidert



Foto: Marco Urban

#### Landesminister Peter Friedrich

Über erfolgreiche Anstrengungen Baden-Württembergs bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration informierte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes, **Peter Friedrich**, zum Auftakt des zweiten Konferenztages.

„Das Recht auf Asyl ist Grundrecht und nicht verhandelbar“, sagte Friedrich eingangs. Baden-Württemberg habe in mehrfacher Weise auf die vielfältigen Herausforderungen reagiert. „Wir haben in den zurückliegenden Monaten bis zu 1.500 Menschen täglich aufnehmen und unterbringen müssen. Ein schnelles Reagieren war mit üblichen Strukturen nicht möglich.“ Deshalb seien diese verändert und alle staatlichen Ebenen in eine Lenkungsgruppe eingebunden worden – unter anderem Ministerien, Bundeswehr, Feuerwehr.

Heute stünden rund 40.000 Plätze zur Erstaufnahme in Baden-Württemberg zur Verfügung. „Wir haben die Bearbeitungszeiten stark verkürzt und versuchen, Abläufe optimal abzustimmen. Zu den Zielen – etwa eines entsprechenden Pilotprojektes in Heidelberg – gehört, Kommunen und Landkreisen nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zuzuweisen. Auch die Information über Möglichkeiten der freiwilligen Ausreise sei verbessert worden. 5.300 Menschen hätten zwischen Januar und November des vergangenen Jahres davon Gebrauch gemacht.

„Der öffentliche Dienst hat bewiesen, dass er effizient und effektiv reagieren kann. Aber die große Herausforderung liegt eigentlich noch vor uns: Wie werden die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, integriert? Das bedarf gemeinsamer Anstrengungen der gesamten Gesellschaft“, sagte Friedrich.

Dies betreffe nicht nur den Arbeitsmarkt, wo er, so Friedrich, für berufsbegleitende „duale Integration“ plädiere. In Baden-Württemberg sei ein Anerkennungsgesetz für Berufsabschlüsse geschaffen worden, Praktika seien ein gangbarer Weg, Menschen ohne Ausbildung müssten schnellstmöglich qualifiziert werden. In über 2.000 Vorbereitungsklassen würden Kinder auf den Schulbesuch vorbereitet, auch bei der Ganztagsbetreuung und im Bereich der sozialen Arbeit unternehme man in Baden-Württemberg große Anstrengungen. Allerdings fehle, um etwa Stellen beim Kita-Ausbau zu besetzen, schlichtweg das geeignete Personal. Schwierigkeiten gebe es auch dabei, genug bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. „Wir wollen aber keine Ghettoisierung“, machte der Minister deutlich.

„Der Vertrauensvorschuss durch Willkommenskultur wird von den ins Land Kommenden vielfach erwidert“, stellte Friedrich fest. „Aber wie eine Gesellschaft funktioniert, lernt man nicht abstrakt, sondern durch das Miteinander im Alltag.“ Deshalb plädiere er dafür, „weiterhin den Mut aufzubringen, offen miteinander umzugehen und damit einen Beitrag zur Integration zu leisten“.

### Diskussion: Von der Registrierung zur Integration



Foto: Marco Urban

#### Engagierte Debatte auf dem Podium

Die konkreten Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung beim Umgang mit der Flüchtlingssituation waren auch das Thema der abschließenden Diskussionsrunde. Auf dem Podium: **Dr. Eva Lohse**, Präsidentin des Deutschen Städtetages, **Detlef Scheele**, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, **Peter Friedrich**, baden-württembergischer Europa-Minister und der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach**. Die Moderation hatte erneut **Dunja Hayali** übernommen.

Im Fokus der Debatte standen insbesondere die Kommunen, die durch die Betreuung der Flüchtlinge vor Ort besonders gefordert sind. Lohse warnte, dass die Belastungsgrenze vieler Städte und Gemeinden bereits überschritten sei. Sie betonte in diesem Zusammenhang die Verantwortungsgemeinschaft mit den Ländern und dem Bund, von denen sie ein auch finanziell stärkeres Engagement erwarte. „Wir geben gerade Geld aus, das wir nicht haben“, sagte Lohse mit Blick auf die Kosten etwa durch die Unterbringung.

Auch Silberbach sieht die Hauptlast bei den Kommunen. „Von den 200.000 fehlenden Stellen im öffentlichen Dienst entfallen mindestens

120.000 auf den kommunalen Bereich“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende. Für die erforderliche Personalgewinnung sei eine größere Wertschätzung der Beschäftigten erforderlich. Diese gelte für die Bezahlung, „aber auch für die öffentliche Anerkennung. Wenn sich nach den furchtbaren Vorkommnissen der Silversternacht nun die Politik hinstellt und die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst mit Schelte überzieht, dann finde ich das absolut unangebracht. Die Politik hat den Stellenabbau im öffentlichen Dienst über Jahre vorangetrieben und wundert sich nun, dass in diesen Zeiten besonderer Belastung nicht mehr alles reibungslos funktioniert.“

Zweifel an der Tauglichkeit der derzeit diskutierten politischen Maßnahmen meldete der baden-württembergische Europa-Minister Friedrich an. Als Beispiel nannte er die Diskussion über die Ausweitung der Wohnortauflagen. Eine Einschränkung der Freizügigkeit sei sicher kaum das geeignete Mittel, zumal „wir andererseits ja auch Mobilität bei der Integration erwarten“, so Friedrich. „Generell habe ich die Sorge, dass wir derzeit schneller neue Gesetze produzieren, als die Verwaltung in der Lage ist, diese umzusetzen. So lösen wir keine Missstände – schon gar nicht von heute auf morgen.“

Bezüglich der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt betonte Scheele, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) erst nach Abschluss der Asylverfahren tätig werden könne. Daher erwarte er eine stärkere Belastung der BA ab dem zweiten Quartal 2016. Die erfolgreiche Integration sei „ein langer Weg“, grundsätzlich sei er aber optimistisch. Zwar fehle etwa 80 Prozent der Flüchtlinge vorerst die formale Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt. Gelingen aber der Dreiklang aus paralleler Kompetenzfeststellung, Spracherwerb und beruflicher Eingliederung, sei zukünftig die Integration von 450.000 zusätzlichen Kräften in den Arbeitsmarkt aus seiner Sicht realistisch.

**Willi Russ**, Zweiter Vorsitzender des dbb, würdigte in seinem Schlusswort den Beitrag, den die dbb Jahrestagung 2016 zur vielschichtigen Debatte um die Rolle von Politik und Bürgern, insbesondere bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, leisten konnte. „Wir haben dazu

zahlreiche Ein- und Überblicke aus Bund, Ländern, Kommunen, aber auch aus der Wissenschaft bekommen und ein Forum für den Dialog geboten“, so Russ. Er lud Teilnehmer und Gäste für Januar 2017 zur 58. dbb Jahrestagung nach Köln ein.

### Treffen der AG Justiz

Am Rande der Tagung trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Justiz (AG Justiz) zu einer Sitzung, an der **Matthias Stolp** für den VRB teilnahm.

Das in der AG Justiz erarbeitete Positionspapier zum elektronischen Rechtsverkehr, das auf die personellen, organisatorischen und verfahrensrechtlichen Konsequenzen eingeht, wurde konsolidiert. Es soll nunmehr in der gewerkschaftspolitischen Arbeit des dbb

eingesetzt werden. Ein diesbezüglicher Austausch der Standpunkte mit dem Deutschen Richterbund (DRB) fand bereits im November 2015 statt. Die AG Justiz möchte den Dialog mit dem DRB fortsetzen.

„Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz ist von herausragender Bedeutung, da sich hierdurch die Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen für alle Bediensteten grundsätzlich ändern werden. Der VRB begrüßt daher ausdrücklich eine Abstimmung der weiteren Vorgehensweise mit dem DRB. Bereits im Auftaktgespräch wurden viele Gemeinsamkeiten in der Sache deutlich“, so Stolp.

Die nächste Sitzung findet vom 13. bis 14. Juni 2016 in Darmstadt statt.

Quelle: dbb aktuell 1/2016, Ergänzung AGJ: VRB

## Das Jahr 2016 nimmt Tempo auf!

Das Jahr 2016 nimmt Tempo auf! Der öffentliche Dienst muss sich weiterhin den großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation und der Gewährleistung der Sicherheit für die Bevölkerung stellen. Auch im Hinblick auf die Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen erwartet der Vorsitzende des VRB, **Matthias Stolp**, ein arbeitsintensives Jahr in der Verbandsarbeit.



Foto: Coloures-pic / fotolia.de

„Mit höchstem Einsatz bewältigen die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der Landesjustiz die große zusätzliche Belastung aufgrund der starken Zunahme der familiengerichtlichen Verfahren betreffend die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. In der Bundesjustiz sind Kolleginnen und Kollegen an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Personalverstärkung abgeordnet. Die geleistete Arbeit ist ein wertvoller Beitrag in der Bewältigung der Flüchtlingssituation“, so Stolp.

Im Hinblick auf die anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen gilt es, geschlossen Überzeugungsarbeit zu leisten. „Ziel ist es, den linearen Teil des Tarifergebnisses auf die Bundesbeamtinnen und -beamten zeit- und wirkungsgleich zu übertragen und dabei auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger miteinzubeziehen. Da dies kein Selbstläufer ist, ist auch der VRB als Mitgliedsgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion aufgefordert sich einzubringen“, kündigte der VRB-Vorsitzende an. Am 18. Februar 2016 werden die dbb-Gremien die Forderung beschließen und Ende März startet die Einkommensrunde mit der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam.

Zudem wird sich der VRB weiterhin mit dem demografischen Wandel, der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Nachbesserungen bei den Ruhestandsregelungen und darüber hinaus mit der Umsetzung des

elektronischen Rechtsverkehrs bei den Bundesgerichten beschäftigen. In der internen Verbandsarbeit stehen für das Jahr 2016 eine

umfassende Überarbeitung der Satzung sowie die Neuwahl des Vorstands an.

# Personalratswahlen 2016

## Hauptpersonalrat beim BMJV



*Ihre Stimme zählt!*

In diesem Jahr ist es wieder soweit, die Personalvertretungen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) werden neu gewählt. Der Wahltermin für den Hauptpersonalrat ist vom Wahlvorstand auf den 8. März 2016 festgelegt worden. Insgesamt sind (Stand: 14. Januar 2016) 5.180 Beschäftigte, davon 3.056 Beamtinnen und Beamte sowie 2.124 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aufgerufen, einen neuen Hauptpersonalrat beim BMJV zu wählen.

Das zu wählende Gremium wächst und wird dann 21 Mitglieder zählen: Die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht weiterhin aus 9 Personen, die Gruppe der Beamtinnen und Beamten wächst von 10 auf 12 Personen. Dies hat seine Ursache im Anwachsen der Beschäftigten auf über 5.000 und in einer Verschiebung der Beschäftigten zu mehr verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Die drei dbb-Gewerkschaften VBGR, VBOB und VRB, die im Geschäftsbereich des BMJV vertreten sind, haben sich entschlossen, erneut eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste, sowohl im Beamten- als auch im Arbeitnehmerbereich, aufzustellen, um sich mit vereinten Kräften für Ihre Belange und Wünsche einzusetzen. Im aktuellen Hauptpersonalrat stellt die Gemeinschaftsliste 5 Vertreter/innen bei der Gruppe der Beamtinnen und Beamten und 3 Vertreter/innen bei der Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die von Ihnen gewählten Personalräte werden sich insbesondere bei der Personalentwicklung, beim Gesundheitsmanagement (einer eventuellen Rahmendienstvereinbarung), bei den kommenden Haushaltsanhörungen und bei der Umsetzung der IT-Konsolidierung des Bundes (Erhalt von möglichst viel IT-Know How in den Dienststellen) für Ihre Belange einsetzen.

Wir stehen für eine größtmögliche Transparenz sowie eine genaue und personenunabhängige Überprüfung aller Vorlagen des BMJV im HPR. Wir bitten Sie, von Ihrem Wahlrecht zu allen Personalvertretungen Gebrauch zu machen, Ihre Stimme abzugeben und damit Ihre Personalvertretungen zu stärken. Für den VRB kandidieren **Michael Schmidt** (Bundesverwaltungsgericht) und **Katja Maßenberg** (BMJV).



Also: Ihre Stimme zählt! Am Dienstag, den 8. März 2016.

Bitte unterstützen Sie die gemeinsame **Liste 2!**

**Kennwort: DBB – Beamtenbund und Tarifunion (VBGR, VBOB, VRB)**

## Familienpflegezeit wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen

Die dbb bundesfrauenvertretung hat die Gesetzesinitiative zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamtinnen und Beamte des Bundes begrüßt und fordert eine schnelle Umsetzung. „Seit Inkrafttreten des Familienpflegezeitgesetzes vor einem Jahr drängen wir auf eine wirkungsgleiche Übertragung der Regelungen auf Beamtinnen und Beamte. Mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf wird diese bisher bestehende Ungleichbehandlung von Beschäftigten im Bundesdienst nun weitgehend aufgehoben“, stellte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 22. Januar 2016 heraus.



Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer

Das neue Gesetz sieht für Beamtinnen und Beamte des Bundes einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit vor. Danach erhalten auch beamtete Beschäftigte die Möglichkeit, eine Teilzeitbeschäftigung für maximal 24 Monate bei einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden für familiäre Pflege in Anspruch zu nehmen. Des Weiteren wird auch der Anspruch auf Pflegezeit neu geregelt. Bundesbeamtinnen und -beamte können ebenfalls den Anspruch auf eine sechsmonatige Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung zur Pflege von Angehörigen geltend machen. Dadurch werden künftig auch Teilzeiten unter 15 Stunden und völlige Freistellungen mit Vorschussgewährung für die häusliche Pfllegetätigkeit möglich.

Die Gehaltseinbußen sollen für die Bundesbediensteten sowohl bei der Familienpflegezeit wie auch bei der Pflegezeit über einen Vorschuss ausgeglichen werden, der während der Pflegephase gezahlt und hinterher mit den Bezügen verrechnet wird. „Das Gesetz erweitert die Ansprüche der Bundesbeamtinnen

und -beamten merklich und schafft ihnen Raum für mehr Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Eine Übertragung auf die Landesbeamtinnen und -beamten ist ebenfalls dringend geboten, ebenso wie die sozialverträgliche Weiterentwicklung der Familienpflegezeit. Die Einführung einer allgemeinen Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld ist aus unserer Sicht der nächste notwendige Schritt, um Pflege, Familie und Beruf in Einklang zu bringen“, forderte Wildfeuer.

Betroffene sind oftmals schlecht informiert. Bereits Anfang Januar hatte Helene Wildfeuer auf die mangelhafte Informationslage zum derzeit geltenden Familienpflegezeitgesetz hingewiesen. In der breiten Bevölkerung seien die Möglichkeiten, die das Gesetz eröffne, auch ein Jahr nach Inkrafttreten weitgehend unbekannt. Insbesondere die Option im akuten Fall, die Arbeitszeit bei gleichzeitigem Lohnausgleich für bis zu zehn Tagen zu reduzieren, werde noch viel zu selten wahrgenommen.

„Häufig sehen Frauen gerade in der Teilzeitbeschäftigung die einzige Möglichkeit, Erziehungs- und Pflegeleistungen mit beruflicher Tätigkeit zu verbinden. Hier trifft das Gesetz genau ins Schwarze. Gleichzeitig reproduziert es aber auch das Rollenverständnis der ‚pflegenden Frau‘“, kritisierte Wildfeuer. „Um die Last der familiären Pflege von den Schultern der Frauen zu nehmen, müssen gezielt Männer über die gesetzlichen Regelungen aufgeklärt, und in die Pflicht genommen werden.“

Quelle: dbb bundesfrauenvertretung

## Neue Elterngeld- und Elternzeitbroschüre für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist da!

Die Ansprüche junger Familien an ihr Familienleben haben sich in den letzten Jahren geändert: Neun von zehn Frauen und Männern zwischen 20 und 39 Jahren finden heute, dass Mütter und Väter sich gemeinsam um das Kind kümmern sollten. 81 Prozent sehen beide Partner für das Familieneinkommen in der Verantwortung. Viele Frauen wollen auch während der Elternzeit nicht ganz auf ihren Beruf verzichten und immer mehr Väter wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie – gerade in den ersten Lebensmonaten ihres Kindes.



Foto: JMG / pixelio.de

Mit der Einführung des ElterngeldPlus zum 1. Juli 2015 stehen jungen Vätern und Müttern nun zusätzlich zum (Basis-)Elterngeld weitere Gestaltungsmöglichkeiten für eine partnerschaftliche Aufteilung von Arbeit und Beruf zur Verfügung. Damit werdende Eltern bei der Planung Ihrer Auszeit nicht den Überblick verlieren, stellt die dbb bundesfrauenvertretung einen kostenlosen Ratgeber bereit – zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Beantwortet werden die wichtigsten Fragen zum Thema Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Was ist ElterngeldPlus und wie unterscheidet es sich vom (Basis-)Elterngeld? Wie lange besteht Anspruch auf die Lohnersatzleistung und wo muss diese beantragt werden? Wie flexibel können Elternzeiten zwischen den Eltern aufgeteilt werden und wie hängen Elternzeit und Elterngeldbezugszeiten zusammen? Die aktualisierte 19. Auflage des Eltern-Ratgebers gibt Ihnen einen Überblick über die gesetzlichen Regelungen. Anhand von Fallbeispielen werden Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt und Härtefälle beleuchtet. Darüber hinaus enthält die Broschüre Hinweise auf die aktuelle Rechtsprechung.

Die Broschüre „Elterngeld, ElterngeldPlus, Elternzeit – Ein Ratgeber für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ steht im Internet unter [www.frauen.dbb.de](http://www.frauen.dbb.de) sowie unter [www.vrb.de](http://www.vrb.de) als Download zur Verfügung.

Quelle: dbb bundesfrauenvertretung

## Veranstaltungshinweis



Das diesjährige **BDRhauptstadtFORUM** findet am

**Donnerstag, 14. April 2016, um 18:00 Uhr**

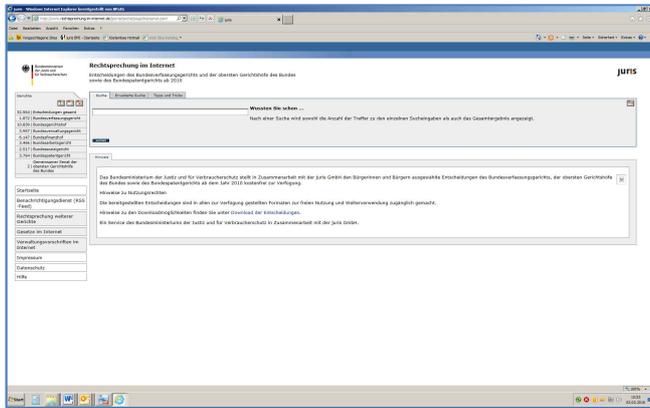
in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, In den Ministergärten 6, 10117 Berlin, statt.

Thema der Podiumsdiskussion:

„Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge  
– Herausforderungen für den Rechtsstaat“

## Rechtsprechung im Internet

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) stellt ab sofort in Zusammenarbeit mit der juris GmbH den Bürgerinnen und Bürgern ausgewählte Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, der obersten Gerichtshöfe des Bundes sowie des Bundespatentgerichts ab dem Jahr 2010 kostenfrei zur Verfügung.



Die funktionale Ausgestaltung des Online-Portals bietet den Nutzerinnen und Nutzern viele Vorzüge:

- Die Entscheidungen werden grundsätzlich ungekürzt bereitgestellt. Nachgewiesen werden dabei neben bestimmten Basisinformationen wie dem Aktenzeichen

oder dem Entscheidungsdatum auch die Leitsätze des Gerichts, die Rechtsnormen, die für den Inhalt der Entscheidung von Bedeutung waren, oder Informationen zu Entscheidungen der Vorinstanzen.

- Bereits zum Start des neuen Service werden in der Datenbank ca. 32.000 Entscheidungen zur Verfügung stehen; jährlich werden ca. 6.000 weitere hinzukommen.
- Der Datenbestand wird täglich aktualisiert.
- Die Entscheidungen werden in verschiedenen Formaten (HTML, PDF und XML) angeboten.

Das Serviceangebot erreichen Sie im Internet unter [www.rechtsprechung-im-internet.de](http://www.rechtsprechung-im-internet.de)

Quelle: BMJV

Der **VRB** im Internet: [www.vrb.de](http://www.vrb.de)



### VRB Aktuell

Herausgeber: **Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst**  
Simsonplatz 1, 04107 Leipzig, Tel: 0341 / 2007-2261

E-Mail: [post@vrb.dbb.de](mailto:post@vrb.dbb.de)

Schriftleitung: Dipl.-Rpfl. Dirk Eickhoff  
Cincinnatistr. 64, 81549 München, Tel: 089 / 69 937-223, E-Mail: [eickhoff@vrb.dbb.de](mailto:eickhoff@vrb.dbb.de)

Der VRB: **Vorsitzender:** Dipl.-Rpfl. Matthias Stolp, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Mohrenstr. 37, 10117 Berlin, Tel: 030 / 18 580-9748  
**Geschäftsführerin:** Dipl.-Rpfl. in Diana Böttger, Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig, Tel: 0341 / 2007-2261  
**Kassenführerin:** Dipl.-Rpfl. in Katja Maßenberg, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Mohrenstr. 37, 10117 Berlin, Tel: 030 / 18 580-9365  
**Abteilung Berlin-Leipzig:** Dipl.-Rpfl. in Diana Böttger, Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig, Tel: 0341 / 2007-2261  
**Abteilung Karlsruhe:** Dipl.-Rpfl. Ulrich Wlotzka, Bundesgerichtshof, Herrenstr. 45a, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 / 159-4104  
**Abteilung Kassel-Erfurt:** Dipl.-Rpfl. Bernhard Hubbe, Glatzer Str. 8, 34225 Baunatal, Tel: 05601 / 8 95 48 89  
**Abteilung München:** Dipl.-Rpfl. in Dagmar Breitwieser, Bundespatentgericht, Cincinnatistr. 64, 81549 München, Tel: 089 / 69 937-238